

Beschlus UB-Parteitag 16. März 2019

Antragsteller: Europaforum der KölnSPD

Sozialunion statt Marktunion – Europa anders machen

Europa befindet sich seit dem britischen Referendum über den Verbleib in der Europäischen Union zum wiederholten Mal seit 2008/2009 in einer tiefen Krise. Das Vertrauen und die Hoffnungen in Europa wurden durch die vorherrschende Politik der vergangenen Jahre untergraben: Zum einen durch europaweit erzwungene Kaputtsparpolitik vor allem gegenüber den südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten infolge der Finanzkrise mit ihren desaströsen sozialen und politischen Folgen. Hinzu kommt der von der EU-Kommission bewusst vorangetriebene Standortwettbewerb. In den letzten Jahren verstärkte dann auch noch der Umgang mit der hohen Zahl an Kriegs- und Elendsflüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika die politischen Fliehkräfte in Europa. Zukunftsängste sind zudem in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet gegenüber den befürchteten und realen Auswirkungen von Digitalisierung und Globalisierung und der Bedrohung des Klimas.

Das Erstarken offen europafeindlicher Kräfte in den vergangenen Jahren ist dabei nun der besonders sichtbare Ausdruck der Verunsicherung, die durch das andauernde und immer stärkere Auseinanderdriften der europäischen Staaten und Volkswirtschaften bei vielen Menschen ausgelöst wird. Denn verstärkt durch die jüngste europäische Finanz-, Wirtschafts- und Standortpolitik geht die Schere zwischen wohlhabenden und wirtschaftlich schwachen Regionen und Bevölkerungsschichten immer weiter auseinander. Diese wachsenden Spaltungen lassen selbst bei denjenigen, denen es derzeit wirtschaftlich gut geht, Ängste vor dem wachsen, was da kommt. Das europäische Haus erscheint nicht mehr als Schutz im Sturm der Globalisierung, sondern als Bruchbude mit Luxusloft unterm Dach, dessen Fundamente morsch sind. Es droht heute erstmals seit der Gründung der EU ein Auseinanderbrechen des gemeinsamen Friedens- und Wohlstandsraums Europa.

Vor diesem Hintergrund ist die SPD gefordert, im Europawahlkampf deutlich zu machen, was Europa aus unserer Sicht braucht, damit dieses Auseinanderbrechen nicht geschieht. Statt eines „Wir erklären nochmal Europa“-Wahlkampfes müssen wir klar sagen, dass wir Europa anders machen wollen, als bislang. Damit das gelingt, hat insbesondere die deutsche Politik eine große Verantwortung. Im Europawahlkampf wollen wir also nicht nur deutlich machen, was wir auf europäischer Ebene, sondern auch, was wir auf nationaler Ebene anders machen wollen!

Wir Kölner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schließen uns daher den Forderungen der NRWSPD für eine andere Politik in Europa und in Deutschland an:

- **die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerumgehung durch international tätige Konzerne.** Hier müssen neben einem öffentlichen Country-by-country-Reporting für international tätige Unternehmen auch endlich eine einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindeststeuersätze für die Unternehmensbesteuerung eingeführt werden, um ruinösem Steuerwettbewerb vorzubeugen und eine effektive Besteuerung sicherzustellen. Digitalgeschäfte sollen an dem Ort besteuert werden, wo Gewinne anfallen. Dies geschieht am besten europäisch einheitlich, notfalls aber auch im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten.
- **eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen** in Bildung, Forschung, Umweltschutz, öffentliche Sicherheit und Infrastruktur. Wir kämpfen im Wahlkampf

für die Einführung eines wirksamen und parlamentarisch kontrollierten Investitionsbudgets. Dieses Budget sollte einerseits durch der europäischen Ebene zufließende Steuern finanziert werden. Das beinhaltet die endlich einzuführende Finanztransaktionssteuer, einen Anteil an der Körperschaftssteuer sowie eine CO₂-Grenzsteuer. Außerdem ist es generationengerecht und wirtschaftlich sinnvoll, Investitionen, die sich in Zukunft auszahlen, auch über Kredite zu finanzieren.

- **Eine krisenfeste Arbeitslosenversicherung.** Dafür fordern wir im Europawahlkampf die Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung, die aus dem o.g. Eurozonenbudget finanziert werden sollte, um im Krisenfall zeitlich begrenzt den nationalen Arbeitslosenversicherungssystemen beizustehen. So kann die Einkommenssituation der einfachen Bürgerinnen und Bürger in Krisenzeiten stabilisiert und damit die Nachfrage gestützt werden, was sich nicht nur im Krisenland, sondern über den Binnenmarkt auch in den anderen EU-Staaten wirtschaftlich auszahlt.
- **Ein durch gegenseitige Absicherung stabiles Bankensystem.** Die europäische Bankenunion muss dringend weiter vorangetrieben werden, bevor die nächste Krise kommt. In diesem Zusammenhang ist eine europäische Einlagensicherung überfällig, damit nicht die einfachen Bürger für das Fehlverhalten von Banken und Investoren geradestehen müssen.
- **Ein starkes Parlament mit Initiativrecht und der wirksamen Kontrolle der europäischen Kommission.** Ohne eine solche Kontrolle wird die Akzeptanz in der Bevölkerung für wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich kaum ausreichend herzustellen sein. Das in wichtigen Fragen, wie z.B. Steuer- und Finanzpolitik, immer noch vorherrschende Prinzip der Einstimmigkeit im Rat ist zu einem Instrument der Erpressung und der Blockade geworden. Eine Reform der europäischen Entscheidungsmechanismen muss für die überwiegende Zahl der Fälle qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Rat und ein Initiativ- bzw. Entscheidungsrecht des Parlaments vorsehen.
- **Klimaschutz und nachhaltige Industriepolitik müssen in Europa Hand in Hand gehen.** Neben einer CO₂-Grenzsteuer als effektives Mittel für den Schutz vor bloßer Verlagerung von Co₂-intensiver Produktion in Länder mit niedrigeren Umweltstandards (sog. „Carbon Leakage“) und gegen den unfairen Wettbewerb beim Import klimaschädigender Produkte, fordern wir den europaweiten Ausbau von erneuerbaren Energien, Speichertechnologien und Energieeffizienz. Zudem fordern wir eine innovative Neugestaltung der europäischen Verkehrspolitik sowie der nachhaltigen Landwirtschaft.
- **Globalisierung muss fair gestaltet werden. Der Handel ist immer auch Friedenspolitik.** Er muss sich an sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen orientieren. Das muss die Richtschnur für jedes Handelsabkommen sein.

- **Schluss mit der Austeritätspolitik.** Die offensive Abkehr vom Dogma der „schwarzen Null“ ist Voraussetzung für eine soziale Wende in ganz Europa. Gerade weil die Bundesrepublik unter Angela Merkel und Wolfgang Schäuble mit dem Beharren auf „Haushaltsdisziplin“ in den letzten Jahren einen sozialen Aufbruch in der europäischen Gemeinschaft verhindert hat, ist das erkennbare „Nein!“ zur Fortsetzung dieser Politik hierzulande eine wesentliche Grundlage für eine Stärkung der progressiven Kräfte europaweit.

Die KölnSPD hat durch ihre aktive Europaarbeit der vergangenen Jahre deutlich gemacht, dass Europa nicht nur in Brüssel, sondern auch bei uns vor Ort große Bedeutung für unsere Politik hat. Wir zeigen durch unsere Partnerschaft mit unseren sozialistischen Schwesterparteien in Hauts-de-Seine (Frankreich), Opatów (Polen) und Oxford (Großbritannien), dass auch wir in unserer Stadt und Region etwas für ein solidarisches Europa tun können. Die Demonstrationen von „Pulse of Europe“ und „March for a new Europe“ in Köln, an denen auch wir beteiligt waren, sind hoffnungsvolle Zeichen dafür, dass die große Mehrheit in Köln für ein geeintes und soziales Europa ist. Diese Mehrheit wollen wir mit unserem Wahlkampf erreichen.

Nur wenn sich in Europa für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wieder die Hoffnung auf Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit erfüllt, kann die Krise der europäischen Einigung überwunden werden. Die deutsche Politik trägt dafür große Verantwortung. Mit einer starken Sozialdemokratie in Deutschland können wir -gemeinsam mit fortschrittlichen Kräften in unseren europäischen Nachbarstaaten- die Richtung Europas ändern: für eine Sozialunion, statt einer Marktunion! Dafür kämpfen wir!

Einstimmig beschlossen